

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.
Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Mk. ohne Zusätze. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsstelligen Nummern außerhalb der Hauptmannschaft 10 Pf. im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Stelle 10 Pf. — Einzelnummern 5 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 196

Mittwoch den 23. August 1922

88. Jahrgang

Freiwillige Feuerwehr Dippoldiswalde
Mittwoch den 23. August abends 8 Uhr **Übung**
Erscheinen ist Pflicht.

Verlässiges und Sächsisches

Der Raubmörder Kaffka, der früher in Pirna als Schlosser beschäftigt war und, wie noch erinnerlich ist, vor einigen Wochen hier die Schuhmachers-Gefrau Radestock im Geschäftsladen überfiel, in anderen Gegenden Raubüberfälle und in der Löbauer Gegend einen Raubmord verübte, wurde am Sonnabend in Wiesbaden festgenommen. Auch einige Raubmordversuche kommen auf das Konto dieses Verbrechers.

Die Dresdner Vererdigungsanstalten Pietät und Heimkehr stellen vor etwa 1 1/2 Jahr einen Kraftwagen zur Ueberführung Verstorbener innerhalb der Stadt und nach auswärts in Betrieb. Diese Einrichtung hat sich außerordentlich bewährt; beinahe 400 Ueberführungen innerhalb Sachsens und Deutschlands sind damit ausgeführt worden. Der sehr dezent wirkende Adlerwagen hat einen sehr ruhigen Gang und ist innen schwarz drapiert. Trotz der hohen Kosten für den Betriebsstoff und die sonstige Unterhaltung des Kraftwagens stellt sich eine Ueberführung mit leichterem billiger als mit der Eisenbahn, da der Zinkeinsatz, der bei der Bahnüberführung gefehlich vorgeschrieben ist, nicht benötigt wird.

Die 4. Klasse der 181. Sächsischen Landeslotterie wird am 6. und 7. September gezogen. Die Lose sind noch vor dem 29. August bei den Staatslotterievereinnehmern zu erneuern.

Die Goldantwertspreise haben sich seit Beginn der Aktion des Reiches wie folgt gestaltet. Es wurden bezahlt für ein 20-Markstück in der Zeit

vom	1. 6. bis	11. 6. 1921	260 M.
"	12. 6. "	25. 6. 1921	280 "
"	26. 6. "	3. 7. 1921	300 "
"	4. 7. "	10. 7. 1921	310 "
"	17. 7. "	31. 7. 1921	320 "
"	1. 8. "	11. 9. 1921	340 "
"	12. 9. "	18. 9. 1921	390 "
"	19. 9. "	2. 10. 1921	450 "
"	3. 10. "	16. 10. 1921	480 "
"	17. 10. "	23. 10. 1921	540 "
"	24. 10. "	6. 11. 1921	600 "
"	7. 11. "	13. 11. 1921	720 "
"	14. 11. "	4. 12. 1921	850 "
"	15. 12. 21 "	22. 1. 1922	720 "
"	23. 1. "	5. 3. 1922	780 "
"	6. 3. "	19. 3. 1922	850 "
"	20. 3. "	26. 3. 1922	950 "
"	27. 3. "	3. 6. 1922	1200 "
"	5. 6. "	18. 6. 1922	1100 "
"	19. 6. "	25. 6. 1922	1250 "
"	26. 6. "	2. 7. 1922	1400 "
"	3. 7. "	23. 7. 1922	1700 "
"	24. 7. "	30. 7. 1922	1900 "
"	31. 7. "	6. 8. 1922	2000 "
"	7. 8. "	20. 8. 1922	2500 "
"	21. 8. "	27. 8. 1922	3500 "

Der Reichsbund für Nationalfotographie, die größte fotografische Schule in Deutschland, hat auf seiner Tagung in Erfurt die Regierungsvorlage einer Einheitskurzschrift abgelehnt.

Wo bleibt das neue Hartgeld? Am 11. August sollte das neue Hartgeld (Zwei-, Drei- und Fünfmärkstücke) in den Verkehr gebracht werden. Es hat sehr viele Leute gegeben, die mit großem Interesse dieser neuen Geldart entgegenkamen, um sich schleunigst damit einzudecken und die schmutzigen Scheine dafür auszugeben. Bisher hat man jedoch vergeblich auf die Münzen gewartet. Die Öffentlichkeit hat noch kein Stück gesehen und vielen ist es ein Rätsel, wo das ausgegebene Hartgeld hingekommen sein mag. Die Aufklärung hierüber wird aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt: Für den Verfassungstag (11. August) wurden 10 000 der neuen Dreimärkstücke in den Verkehr gebracht. Das Volk erhielt sie nicht. 1000 Stück erhielten die Angestellten der Generalstaatskasse, 1000 Stück die Angestellten der Münzen, der Rest ging Behörden und Ministerien zu. Gegen ein Aufgeld von 500 Pf. kann auch ein gewöhnlicher Sterblicher die Verfassungsdenkmünze erhalten. Demnächst werden weitere Ausmünzungen erfolgen, man will angeblich für jeden Deutschen eine Verfassungsdenkmünze prägen, also sechzig Millionen Stück. Dies bedeutet aber nicht, daß auch jeder eine erhält, denn die Sammler und Händler wollen leben.

In den nächsten 6 Wochen sollen auch die anderen Hartmünzen folgen und bis Ende des Jahres sollen 500 Millionen ausgeprägt sein.

Das diesjährige 3. Rundschreiben des Sächsischen Elbgau-Sängerbundes an dessen Bundesvereine behandelt u. a. auch den am 9. Juli d. J. in Rabenau stattgefundenen 53. Sängertag. Nach dem Geschäftsberichte besteht der Elbgau-Sängerbund gegenwärtig aus 260 Vereinen mit 9886 singenden, 10 693 unterstützenden und 971 Ehrenmitgliedern. Die „Adolf-Leiberg-Stiftung“ hat eine Kapitalhöhe von 18 482,27 Mark erreicht. Im verflochtenen Jahre wurden sechs bedürftige alte Sängerveteranen aus den Zinsen-Erträgen der Stiftung unterstützt. Das Reustädter Elbgausängertage hat eine Gesamt-Einnahme von 180 267,91 Mark ergeben. Die Gesamtausgaben erreichten die Summe von 178 941,63 Mark. Der geringe Ueberschuß ward der Bundeskasse zur Bestreitung ihrer für das Fest gehaltenen Aufwendungen überwiesen. Da die Abgeordneten von Rabenberg die Uebernahme des nächsten Bundesängertages im Jahre 1923 für unmöglich erklärten, und auch Großenhain, das sich vorher hierzu bereit erklärt hatte, der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse wegen ablehnte, wird im Jahre 1923 nur ein Sängertag stattfinden, und zwar in Sachsens Ehrenstadt Glashütte. Im Jahre 1924 übernimmt Tharandt den Sängertag.

Acht geben auf Reisegepäck! Einen empfindlichen Verlust erlitt auf der Fahrt von Hof nach Plauen ein Fleischlehrer, dem aus der vollbesetzten vierten Klasse ein Rucksack mit Wäsche und Ausweispapieren gestohlen wurde. Der Rucksack enthielt einen hellgrauen Herrenanzug, zwei weißleimene Unterhosen, zwei weißleimene Hemden mit Einfaß, zwei weißleimene Fleischerkleusen, sieben weiße und blaue Schürzen, ein Paar umgeänderte Militärschnürschuhe, ein Paar Halbschuhe, verschiedene Kragen und Schlipse. Bei den heutigen Preisen ist das für den Lehrling ein recht empfindlicher Schaden.

Ueber den Niedergang der Jagd in Sachsen gibt eine Zuschrift aus „Zwinger und Feld“ Kenntnis. Es heißt dort: Vom 10. bis 15. Juli weilte ich auf einer der besten Reh- und Niederwaldjagden Sachsens. In gewöhnlichen Jahren wurden dort jährlich 30 gute Eschbörcke abgeschossen. Diesmal sah ich einen Gabel, einen offenbar ganz alten Hock, mit etwa 22 Zentimeter hohen, kaum veredeten, ungepötelten und 3 bis 4 Zentimeter ausgelegten, dicken Stangen, einen richtigen Schädling, außerdem zwei Ricken, 4 Rige und 8 Jungenten. Karnickel scheinen infolge der Seuche ausgestorben zu sein; der erste und zweite Hasensatz gingen zugrunde. Fasanen- und Rebhühnerlegge wurde durch Mäuse vernichtet. Seit ich weidwerke, habe ich ein so elendes, schlechtes Jagdjahr noch nicht erlebt. Für gänzlich ausgeschundene, buchstäblich hasenreine Jagden von 500 Hektar, auf denen es keine zwanzig Stücke Niederwald gibt, werden 60 000 bis 80 000 M. Jahrespacht gezahlt und nebenbei Vergünstigungen gewährt (Wälle, Vorwendungen usw.), die in die Zehntausende gehen. Diese Pächterwut ist nachgerade krankhaft, und die Pächter sind selbst schuld, wenn sie nachgerade ausgebeutet werden. Von allen deutschen Bundesstaaten sind die Jagdverhältnisse in Sachsen und Braunschweig zurzeit am traurigsten.

Die in den letzten Monaten und Wochen eingetretene ungeheure Steigerung der Kosten für Baumaterialien und Löhne beginnt jetzt, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ihre unheilvolle Auswirkung auf dem Baumarkt zu zeigen. Insbesondere wird leider der Kleinwohnungsbau hierbei schwer getroffen. Im Ruhrgebiet ist bereits, wie wir vor Tagen schon meldeten, der größte Teil des Baues der Bergmanns- und Werkstiedlungen eingestellt worden. Auch bei den sächsischen Bergmannswohnungsbauten wird sich die Einstellung nicht mehr vermeiden lassen, da der Treuhänder Zwidau (Verein zur Errichtung von Bergmannswohnungen e. V. Zwidau) die zur Vollendung der Siedlungsbauten erforderlichen Geldmittel nicht zur Verfügung stehen. Trotzdem die meisten Häuser bereits im Rohbau fertiggestellt oder doch nahezu rohbaufertig gestellt sind, wird voraussichtlich nur ein Teil vollendet werden können. Die eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Baldige Abreise der Zugvögel? Das große Sammeln der Zugvögel für die Abreise ist im Elbtal bei Dresden schon jetzt zu beobachten. Schwalben und Stare veranlassen lebhaft Uebungsflüge, um sich für die große Reise nach Süden zu trainieren. Ueber eine „Storch-Verammlung“ auf den Elsterwiesen berichtet der „Vogl. Anz.“: Die Zugvögel rüsten zum Ausbruch. Mittwoch nachmittag wurde eine größere

Schar von Störchen auf den Elster-Auen vor und hinter Kürbisch beobachtet, wie sie sich, ermattet von langem Fluge, niederließen und dann eifrig auf den Wiesen hin- und herstellten. Auf dem Turmdach des alten Kürbischer Kirchleins hatten sich etwa 15 der Langschnäbel niedergelassen. Angesichts des Wetters ist es kein Wunder, wenn in diesem Jahre die Zugvögel sich vorzeitig für die Abreise nach dem Süden rüsten. Im Vorjahre war gerade das Gegenteil der Fall. Da verließ das Gros der Zugvögel erst gegen Ende September unsere Gegend.

Niederpöbel. Der Hausbesitzer Otto Bauer, hier, verkaufte sein Hausgrundstück mit Garten an den Fleischer und Viehhändler Fritz Jähel aus Dippoldiswalde. Der Kaufpreis wurde nicht genannt.

Hänichen. Gemeindevorstand Jungbaus und Gattin konnten am Sonnabend das Fest der goldenen Hochzeit feiern.

Dresden. Nachdem vom Gesamtministerium gelegentlich der Beratungen über Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung die Errichtung einer Personalausgleichsstelle gutgeheißen worden war, ist nach Abschluß der hierüber unter den Ressorts gepflogenen Verhandlungen diese Stelle am 1. August 1922 beim Ministerium des Innern, 1. Abteilung, ins Leben gerufen worden. Sie führt, da ihr gleichzeitig die Aufgaben der schon seit einiger Zeit in Aussicht genommenen staatlichen Stelle für die Vermittlung von Beamtenwohnungen übertragen worden sind, die Bezeichnung „Personalausgleich- und Wohnungsvermittlungsstelle“. Aufgabe der Stelle, die sich über sämtliche Zweige der Staatsverwaltung erstreckt, ist, vornehmlich der Verbilligung der Verwaltung dadurch zu dienen, daß sie Beamte, Behördenangestellte und Verwaltungsarbeiter, die an ihrem bisherigen Platze für entbehrlich erklärt werden, im Falle des Bedarfs in geeigneten anderen Arbeitsstellen der Staatsverwaltung unterbringt, somit also ausgleichend wirkt und die Neueinstellung hierdurch entbehrlich werdender Kräfte verhütet. In gleicher Weise hat sie durch ihre Tätigkeit in der Vermittlung von Beamtenwohnungen dafür zu sorgen, daß im Falle von Versetzungen usw. durch Ergreifung geeigneter Ausgleichsmöglichkeiten, die Zahlung von Entschädigungen, Unterhaltungszuschüssen usw. auf ein der schwierigen Finanzlage des Staates Rechnung tragendes Maß herabgemindert wird.

Flüchtig geworden ist der 1904 in Freiberg geborene Schreiber Werner Bandel, der bei einem Rechtsanwalt beschäftigt war. Dort sollte der junge Mann gegen Scheck 500 Mark abheben, änderte den Betrag in geschickter Weise aber in 12 500 M. um und flüchtete hierauf mit der ganzen Summe. Die Staatsanwaltschaft zu Dresden hat hinter B. einen Steckbrief erlassen.

Wilsdruff. Am Sonntag wurde die von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilsdruff beschaffte Höhen Sonnenanlage im Bezirkskrankenhaus der Oeffentlichkeit offiziell übergeben. Die Ortskrankenkasse, die die kostspieligen Apparate ganz aus eigenen Mitteln beschafft hat, stellt die Anlage dem Krankenhausverband Wilsdruff, dem Wohlfahrtsamt Wilsdruff sowie den Kassenpatienten in uneigennützigster Weise zur Verfügung. Sollten durch den Gebrauch Ueberschüsse gemacht werden, fällt die Hälfte derselben dem Wohlfahrtsamt der Stadt Wilsdruff zu.

Coswig. Schwere Versetzungen haben sich der in hiesiger Gemeinde tätig gewesene Steuerkassierer Thieme in seinem Amte zuschulden kommen lassen. In schamloser Weise hat er arme Sozialrentner betrogen. Er benötigte die Unkenntnis der Leute und zahlte, nachdem sie die richtige Summe quittiert hatten, ihnen Beträge von 10, 20, 50 bis 100 M. weniger aus. Soweit sich feststellen ließ, hat er gegen 1200 M. für sich gewonnen. Th. wurde natürlich seines Amtes enthoben, und es ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Nach Bekanntwerden der Tat hatte er den Leuten das Geld zurückgezahlt.

Oschatz. Der Vorschlag der Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums, den Prinz-Albert-Platz künftig Rathenau-Platz zu nennen, wurde von der Mehrheit des Ratkollegiums abgelehnt.

Tauscha bei Leipzig. Im hiesigen „Anzeiger“ lesen wir folgende Satyre, die sich jedenfalls dem armen, gequälten Geist eines Wohnungslosen entronnen hat: „Wen Gott auf dieser Welt verdammt, den schickt er auf das Wohnungsamt. Eine Wohnung kriegt er ganz bestimmt, wenn Gott ihn wieder zu sich nimmt.“

Werdau. In Kürze wird der hiesige Ratshaus geschlossen, um in neue Arbeitsräume für das Rathaus umgebaut zu werden. Auch das „Waldschlößchen“, jetzt „Neue Welt“, wird von der Stadt angekauft werden, zwecks Wohnungseinbau.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

38prozentige Gehaltserhöhung für August.

Die Auseinandersetzungen über die Neuregelung der Beamtenbesoldung und der Arbeiterlöhne in den Staatsbetrieben haben in verhältnismäßig kurzer Zeit einem Einvernehmen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamten- und Arbeiter-Organisationen geführt. Die bereits vom Reichskabinett getroffenen Vereinbarungen bringen den Beamten eine Erhöhung ihrer Gesamtbezüge um 38 v. H., den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes um 12 M., in beiden Fällen mit Wirkung vom 1. August ab. Die Auszahlung wird sofort vorbereitet und erfolgt alsbald, nachdem der Reichsrat und der Reichstagsausschuß ihre Zustimmung hierzu gegeben haben.

Das Ergebnis bedeutet eine Erhöhung der prozentualen Teuerungszufolge um 120 Prozent. Im gleichen Verhältnis soll die Erhöhung zu den Alterszulagen erfolgen, während die Frauenzulagen und die Kopfsätze unverändert bleiben. Die Gewerkschaften erklärten gegenüber diesem Angebot der Regierung, daß sie die vorgeschlagene Regelung nicht als einen vollen Ausgleich für die Härten der Teuerung betrachten könnten, da sie sich aber vor die Notwendigkeit gestellt fänden, ihren Mitgliedern sofort bare Mittel zuzuführen, müßten sie das Angebot der Regierung als eine Abschlagszahlung hinnehmen und sich vorbehalten, in Bälde mit neuen Forderungen an die leitenden Stellen heranzutreten.

Die Regierung ließ hierzu erklären, daß ihr ein Weitergehen in ihrem Angebot im Hinblick auf die außerpolitischen Verhältnisse nicht möglich gewesen sei, sie sagte jedoch zu, in kurzer Zeit Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Neuregelung der Teuerungszufolge, Reisefkosten, Wirtschaftsbeteiligungen, Befähigungszulage, Nachtgelde usw. zu eröffnen.

124 Milliarden Mehraufwand. — Tarifserhöhung bei Post und Eisenbahn.

Das Abkommen mit den Gewerkschaften bedeutet in seiner Auswirkung eine 38prozentige Aufbesserung der Beamtengehälter, was einschließlich der Zahlungen an die Pensionäre und Hinterbliebenen einem Mehraufwand für das Reich und die Länder von 120 bis 125 Milliarden Papiermark entspricht. Es ist schon jetzt klar, daß wieder in erster Linie Eisenbahn und Post zur Anbringung der notwendigen Summen herangezogen werden müssen, d. h. die bereits vorgesehenen Erhöhungen der Tarife nicht ausreichen werden. Es steht uns eine neue Erhöhung der Eisenbahngütertarife um 50 v. H. vom 1. September ab und voraussichtlich eine weitere Erhöhung der so um die Hälfte gesteigerten Güte ab 1. Oktober bevor. Der Posttarif ist ebenfalls zusammenberufen worden, um eine Erhöhung der Postgebühren, vermutlich ebenfalls vom 1. September ab, zu beschließen.

Tarifserhöhungen bei der Eisenbahn und bei der Post bedeuten eine weitere Belastung unseres ganzen geschäftlichen und Warenverkehrs, eine Erhöhung der Preise für Lebensmittel, Kleidung und Schuhe. Das alles haben wir der Herrschaftspolitik Poincarés zu verdanken, die letzten Endes den gewaltigen Marktzug in den letzten fünf Wochen verursacht hat.

Neuordnung der Strafgerichte.

Erweiterte Mitwirkung der Laienrichter.

Es läßt sich nicht leugnen, daß weite Teile des Volkes heute der Strafgerichtsbarkeit mit Unverständnis gegenübersehen. Diese für den bürgerlichen Erziehungsglauben die Preisverachtung durch eine erweiterte Heranziehung der Laienrichter zum Richtamt wirksam entgegenzusetzen zu können. Nach Aufhebung des Reichsjustizministeriums ist es unbedingt erforderlich, alle Volksschichten mehr als bisher zur Mitarbeit an der Strafsache heranzuziehen und dem Volke so zugleich einen tieferen Einblick in die erste und verantwortungsvolle Aufgabe der Strafgerichte zu gewähren. Zu diesem Zwecke hat die Reichsregierung dem Reichsrat einen Entwurf zur Neuordnung der Strafgerichte zugehen lassen, dessen wesentliches Ziel es ist, an die Stelle der mit beamteten Richtern besetzten Strafammern einen Gerichtshof zu setzen, der aus Richtern und Laien gemeinsam gebildet wird. Zugleich soll dem Mangel einer Berufung in den gegenwärtig von den Strafkammern in erster Instanz abgeurteilten Strafsachen abgeholfen und die Mitwirkung von Laienrichtern in den Berufungsgerichten zugesichert werden.

In der ersten Instanz scheiden künftig kleine Schöffengerichte, Großes Schöffengericht oder Schwurgericht. Das kleine Schöffengericht — ein vorsitzender Richter und zwei Schöffen — hat im wesentlichen die Zuständigkeit der bisherigen Strafkammer. Der Entwurf ermächtigt es der Staatsanwaltschaft, vor das Große Schöffengericht nicht nur die jetzt zur Zuständigkeit der Strafkammer gehörenden Verbrechen zu bringen, sondern auch andere Schöffensachen, wenn der Umfang oder die Bedeutung der Sache dieses angezeigt erscheinen läßt. Das Verfahren vor den beiden Arten von Schöffengerichten ist das gleiche.

Die Berufung gegen die Urteile der Schöffengerichte geht stets an die Strafkammer. Die Strafkammer wird in Zukunft mit zwei beamteten Richtern und drei Schöffen besetzt sein, also ebenso wie das Große Schöffengericht. Die Revision geht, wenn in erster Instanz das Große Schöffengericht entschieden hat, an das Reichsgericht, wenn in erster Instanz das kleine Schöffengericht entschieden hat, an das Oberlandesgericht. Gilt es das Oberlandesgericht zur Klärung einer Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung für geboten, so kann es eine Zwischenentscheidung des Reichsgerichts herbeiführen. Die Schwurgerichte behält der Entwurf bei.

Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen wird neu geregelt; der Ausschuß, der sie beruft, wie sie selbst, sollen durch Verhältniswahlen von den Selbstverwaltungskörpern des Gerichtsbezirkes berufen werden. Auf diese Weise wird der Ausschuß ein genaues Abbild der Bevölkerung des Amtsgerichtsbezirks. Der Ausschuß soll aber lediglich nach der Eignung zu unparteiischer Rechtsfindung die Schöffen und Geschworenen einstimmig wählen.

In engem Zusammenhang mit dem Entwurf steht der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes, das dem Reichsrat in den allerersten Tagen zugehen wird. Der bereits seit langem angekündigte Entwurf des neuen Strafgesetzbuches wird noch in diesem Monat fertiggestellt und alsbald nach Fertigstellung veröffentlicht werden.

Hamburgs nationale Aufgabe.

Das Ausfallstor unserer nationalen Bewegung.

Nach Abschluß der ersten offiziellen Veranstaltungen der Hamburger Ueberseewoche begab sich der Reichspräsident mit den Reichsministern und dem Bürgermeister zu einem vom Ueberseeclub veranstalteten Bierabend, der von den führenden Männern des Hamburger Wirtschafts- und Gesellschaftslebens außerordentlich stark besucht war.

Nach einer Begrüßungsansprache des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie Geheimrat Cuno dankte Reichsminister des Innern Dr. Köster im Namen des Reichspräsidenten und der Vertreter der Reichsregierung für die freundliche Begrüßung und wies auf die hohe Bedeutung Hamburgs in nationaler Beziehung hin. Deutschland habe keine Kolonien mehr, aber verschiedene Ausfallstore nach Uebersee, und Hamburg sei das größte dieser Tore. Dieses Tor müsse weit offen bleiben, damit der Geist weltwirtschaftlicher Werte bei uns bleibe und unaufhörlich weiter hineinströme in unser Land. Wenn Hamburg so zu einem Einfaktor dieses Geistes in unsere kontinentale Misere hinein werde, so bewähre es sich gleichzeitig als Ausfallstor unserer besonderen nationalen Bewegung. Wir betreten nicht um Mittel bei den Fremden, aber unsere Wünsche gehen dahin, daß die Fremden Deutschland kennen lernen, daß sie sehen, um was in Mitteleuropa gespielt wird. Durch das Ausfallstor müsse hinausdringen die Wahrheit über die 14 Punkte, die feierlichen Zusagen, die systematisch gebrochen wurden, die Wahrheit über die Täuschung, die verübt wurde mit dem Wort der Selbstbestimmung, und über die Grenzziehung, die erfolgt sei, wie wenn von Kindern im Sande Linien gezogen werden, ferner die Wahrheit über die Scheinblüte der deutschen Weltwirtschaft und jene furchtbare Wahrheit über die Paradoxie, daß man uns Millionen über Millionen abpressen will und uns gleichzeitig zwingt, Milliarden über Milliarden in die unproduktiven Kosten der Besetzung der Rheinlande hineinzustecken.

Die Ausführungen des Ministers wurden am Schluß mit langanhaltendem Beifall aufgenommen.

Die Kundgebungen zu Ehren des Reichspräsidenten.

Dem Reichspräsidenten wurden sowohl bei der Ansahrt als auch bei der Abfahrt von dem nach vielen Tausenden zählenden Publikum stürmische Huldigungen dargebracht. Besonders vor dem Hause des Bürgermeisters Dr. Diefel kam es zu mächtigsten Kundgebungen für den Reichspräsidenten. Ein Zug von 1000 Fackelträgern, dem sich viele Tausende angeschlossen hatten, zog an dem Hause vorbei. Auf eine kurze Ansprache aus der Menge, die in einem Hoch auf die Republik und den Reichspräsidenten ausklang, erwiderte der Reichspräsident mit Worten des Dankes. Von Hamburg aus begab sich der Reichspräsident am Sonnabend nach Altona, wo er in Rathaus durch den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein und die städtischen Behörden ebenfalls festlich empfangen wurde.

Politische Rundschau.

— Berlin, 21. August 1922.

Der preussische Sozialminister hat in einem Rundschreiben die Behörden nachdrücklich darum ersucht, den Beamten für die Tätigkeit in den Meterbeiräten den notwendigen Urlaub zu gewähren.

Die in Preußen bereits aufgelösten Vereinigungen und Jugendvereinigungen Verband nationalsozialistischer Soldaten und Jugendvereinigungen Anaptschaft, sind auch für das Land Lippe verboten worden.

Prof. Dr. Paul Lensch, der vor einiger Zeit stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Deutschen Allgemeinen Zeitung geworden war, ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden.

Der Reichsamnestieausschuß. In den Amnestieausschuß des Reiches, der in letzter Instanz über die Anwendung des Reichs-Amnestiegesetzes zu entscheiden hat, wurden gerufen: der Vorsitzende des Allgemeinen

Deutschen Gewerkschaftsbundes Grafmann (Sozial.), Abg. Heile (Dem.), Abg. Dr. Fleischer (Ztr.), Abg. Dr. Moses (Unabh.) und Frau Abg. Wende (D. Volksp.). Um auch den im Ausschuß nicht vertretenen Richtungen Gelegenheit zur Neußerung zu geben, bestimmt die vom Reichsjustizministerium entworfenen Geschäftsordnung des Ausschusses, daß Personen, die die Interessen der Beschuldigten oder Beurteilten wahrnehmen, gehört werden können.

Die neue Bayernkonferenz in Berlin. Die beiden Bevollmächtigten der bayerischen Regierung, der bayerische Innenminister Schwegler und der bayerische Justizminister Gärtnner begaben sich sofort nach ihrer Ankunft in Begleitung des bayerischen Gesandten von Proger zum Reichskanzler zu der angekündigten Rücksprache über die Vereinbarungen der Reichsregierung mit dem Ministerpräsidenten Lerchenfeld. Die bayerischen Minister überreichten dem Reichskanzler ein Schreiben des Grafen von Lerchenfeld, worin die bisherige Behandlung der zwischen dem Reich und Bayern schwebenden Fragen durch die bayerischen Parteien geschildert und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die Angelegenheit bald zu einem glücklichen Abschluß komme. Die beiden bayerischen Minister sind beauftragt, im Namen ihres Kabinetts noch über die Klarstellung einiger Punkte mit der Reichsregierung Rücksprache zu pflegen. Die Besprechungen nahmen sofort ihren Anfang. Der Reichskanzler führte selbst den Vorsitz. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Die oberösterreichische Arbeiterschaft gegen polnische Grenzbesetzung. Wie aus Deutchen gemeldet wird, sind den Angehörigen der polnischen Forderungen bei der Grenzfestsetzungskommission in sämtlichen Anlagen der Königin Luise-Grube Versammlungen der Belegschaften statt. Nach einem stammenden Protest gegen die polnischen Bestrebungen wurden überall einstimmig Entschlüsse angenommen, in denen betont wird, daß die Königin Luise-Grube und die Teubrückische Werksbetriebe sind, die nicht zerrissen werden könnten, ohne die Betriebssicherheit der gesamten Anlagen schwer zu gefährden. Die Gesamtbelegschaft lehnt es entschieden ab, polnische Staatsbürger zu werden. Bei der deutschen Regierung erwartet die Belegschaft, daß sie sich mit allen Mitteln für ein Verbleiben der bei den Anlagen bei Deutschland einsetzt und jeden Versuch, die Anlagen gegen andere Gebietsteile einzutauschen, entschieden zurückweist. Die Belegschaft ist entschlossen, einer Zuteilung der Anlagen an Polen scharfen Widerstand entgegenzusetzen.

Der beleidigte Gendarm. Der Landrat Schwabel in Weissenheim ist vom Mainzer französischen Kriegsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er durch eine an den Kreisdelegierten in Kreuznach gerichtete Beschwörung „einen französischen Gendarmen beleidigt“ haben soll. Es haben eine ganze Reihe von Berufsvereinigungen und die politischen Parteien des Bezirks Koblenz Kundgebungen an die deutschen und allierten Behörden erlassen, worin sie um Aufhebung oder wenigstens Aufhebung der Strafe ersuchen. Ferner wurden von Abordnungen Einsprüche an den französischen Oberbefehlshaber Doure überbracht, die von 90 Prozent aller wohl berechtigten Männer unterschrieben sind.

Rundschau im Auslande.

In Polen ist ein Block der Minderheiten in der Bildung begriffen, zu dem auch die deutsche Partei tritt.

Der russische Kriegsminister Trotski ist über Wlasken nach Deutschland abgereist, wo zurzeit alle wichtigen Sowjetführer versammelt sein sollen.

Aus Tübingen wird gemeldet: Die Regierungstruppen haben einen großen Sieg über die von Linke befehligten Aufständischen errungen.

Der bekannte französische Historiker Ernest Lavisse ist in Paris im Alter von 80 Jahren gestorben.

Belgien überreichte dem Völkerbund eine Bittschrift Ungarns, in der um die Zulassung Ungarns zum Völkerbund gebeten wird.

Ungarn: 30 000 Arbeiter im Streik.

In den ungarischen Eisenwerken und Maschinenfabriken ist der Streik eskaliert worden. Der Ausfall erreicht sich bereits auf 75 Prozent der Betriebe mit ungefähr 10 000 Arbeitern. In einigen Fabriken war nahezu die Hälfte der Arbeiter für die Fortsetzung der Arbeit, doch wurden sie von den radikaleren Elementen niedergeschlagen. Der ungarische Oberstaatsanwalt, der die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in die Hand genommen hat, ist der Ansicht, daß dem Streik außer der Lohnfrage auch die Machtfrage zugrunde liegt. Die Polizei hat weitgehende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Jugoslawien: Familienzwist im Königshaus.

Der Konflikt zwischen dem Prinzen Georg, dem serbischen König und der Regierung hat jetzt zum offenen Bruch geführt. Der Kronrat hat beschlossen, dem Prinzen alle Privilegien als Mitglied des königlichen Hauses zu entziehen. Auch ist ihm das Betreten der königlichen Besitzungen verboten worden. Ferner wird sich der Prinz wegen Verleumdung des Königs vor einem Familienrat zu verantworten haben.

Sowjetrußland: Eine britische Note über die Schulden des früheren Rußland.

Der Führer der britischen Handelsmission in Moskau, Godson, hat dem Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten eine Note überreicht, in der daran erinnert wird, daß Witwinski auf der Haager Konferenz das Anerkennen gemacht habe, er werde, wenn die von Rußland gewährten Kredite nicht gewährt würden, nachstehende zwei Fragen an die russische Regierung übermitteln: 1. Ob die russische Regierung ihre und ihrer Vorgängerinnen Schulden an ausländische Untertanen anerkennen werde. 2. ob die russische Regierung sich bereit erklären würde, Ausländern für ihre von der russischen Regierung nationalisiertes Eigentum ausreichende Kompensationen zu gewähren. Die britische

